

OFFENE LINKE ANSBACH

Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat Würzburger Landstr. 18 91522 Ansbach
info@offene-linke-ansbach.de www.offene-linke-ansbach.de

Ansbach, 24.08.2010

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Ansbach
Frau Carda Seidel
Joh.-Seb.-Bach-Platz 1
91522 Ansbach

Antrag: Urlas-Moratorium

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,

es wird beantragt, folgenden Beschlussvorschlag im Rahmen der Sitzung des Ansbacher Stadtrats am 21.09.2010 zu behandeln:

Die Stadt Ansbach fordert das Bundesverteidigungsministerium (BMV) und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) auf, alle Bauarbeiten des ersten Bauabschnitts der US-Militärsiedlung am Urlas solange einstellen zu lassen, bis sowohl eine für die Stadt Ansbach tragfähige und den Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragende Verkehrsanbindung des Urlas´ im Sinne des einstimmigen Stadtratsbeschlusses vom 29.06.2010 errichtet ist, als auch eine zeitlich klar definierte und durchfinanzierte Planung des militärischen Gesamt-Projekts am Urlas vorgestellt und vom Stadtrat positiv beschieden wurde. Für weitere derzeit geplante Bauten, insbesondere für das Großeinkaufszentrum, fordert die Stadt Ansbach ein Planungsmoratorium.

Begründung:

Der Ansbacher Stadtrat hat die bisherige Zufahrtsplanung zum Urlas unter Hinweis auf massive Eingriffe in die Umwelt, Steuergeldverschwendung und Enteignungen von Ansbacher Bürgerinnen und Bürger am 29.06.10 einstimmig abgelehnt. Eine gesicherte Verkehrsanbindung der geplanten US-Trabantenstadt ist somit in weitere Ferne gerückt. Die Absicht des Staatl. Bauamts Nürnberg (StBaN), für diesen Zweck ab 2011 Ampelanlagen auf der vierspurigen B 14 installieren zu lassen, ist ebenfalls nicht im Sinne unserer Stadt, wie der Rat mehrfach betonte. Offenbar mussten Zuständigkeiten mit Blick auf den Anschluss inzwischen vom Staatl. Bauamt Ansbach (StBaAn) an die Oberste Baubehörde in München abgegeben werden. Erste Sondierungen der Behörde mit den Fraktionen und Gruppierungen des Stadtrats beginnen Ende September.

Fest steht: Beim Urlas handelt es sich um ein nicht erschlossenes Baugebiet. Wie für alle privaten und gewerblichen Bauherrn muss auch hier gelten: Kein Weiterbau ohne bewerkstelligte Erschließung.

Trotz durch die im o.g. Stadtratsbeschluss erneut deutlich zum Ausdruck gekommenen Bedenken hinsichtlich der bisherigen Planungen am Umlas wird die Errichtung des ersten Bauabschnitts der Militärsiedlung ohne Umschweife fortgesetzt. Auch der Rohbau des US-Hotels, dem der Bauausschuss bei Ermangelung einer gesicherten Verkehrserschließung das Einvernehmen versagte, ist beinahe fertig.

Es ist daher zu befürchten, dass das fortgesetzte „Fakten-Schaffen“ am Umlas allein einem Zweck dient: Eine möglichst schnelle Inbetriebnahme soll den Druck auf unsere Stadt erhöhen, einer vom Bauherrn gewünschten Anbindung einzuwilligen. Ein Verkehrschaos durch Ampeln an der B 14 nach Umlas-Eröffnung oder ein Schleichverkehr von der US-Siedlung via Grüber Straße scheint dabei ein eher willkommener Nebeneffekt zu sein.

Ein Moratorium am Umlas ist nicht nur aus diesem Grund notwendig, um Schaden von Ansbach abzuwenden. Die bisherigen Planungen des Umlas-Knotens wie auch die aktuellen Pläne eines Schmutzwasserkanals sind auf eine Endausbaustufe der US-Militärsiedlung gerechnet, die bis heute nicht en detail geplant geschweige denn finanziert ist. Schon beim ersten Bauabschnitt wurden die Liquiditätsprobleme der US-Armee in Ansbach offenbar: Die ursprünglich geplante Zahl von Wohneinheiten musste bereits um über 30% reduziert werden. Aktuelle Entwicklungen im Zuge der äußerst angespannten Finanzlage in den USA beweisen, dass die 2007 dem Stadtrat im Größten vorgestellten Planungen im derzeitigen Lichte betrachtet mehr als fragwürdig gelten müssen: Neben Schließungen von US-Militärbasen in Mannheim und Heidelberg, stehen nun auch mehrere Stützpunkte im Heimatland der Streitkräfte vor dem haushalterisch bedingten Aus.

Nachdem die Stadtwerke bereits mit sechsstelligen Summen in Vorleistung am Umlas gehen mussten, soll es ihnen nun die Awean gleich tun. Anstatt Leistungen für eine Schimäre namens Umlas-Endausbau zu bezahlen, sollte die Stadt Ansbach angesichts ihrer Haushaltslage und vordringlichen Investitionen darauf bestehen, dass vier Jahre nach Bekanntwerden der US-Ausbaupläne endlich ein Gesamtkonzept mit verbindlichen temporären und finanziellen Eckpunkten präsentiert wird.

Die Stadt Ansbach kann mit Blick auf ihre Zukunftsplanung nicht hinnehmen, dass die US-Armee die Salami taktik ihrer Kaufkraftabflussprojekte mit Großeinkaufszentrum, Hotel oder Tankstelle fortsetzt. Insbesondere dann nicht, wenn die Gefahr besteht, dass Ansbacher Gebührenzahler für die Erschließung einer 530-Häuser-Siedlung zur Kasse gebeten werden, die 2007 zwar auf dem Papier stand, 2010 jedoch zur Fata Morgana mutiert ist.

Mit freundlichen Grüßen

Boris-André Meyer, Stadtrat
Offene Linke Ansbach e.V.